

ren als zu Hause. Die französischen Bischöfe pochen auf ihre Rechte als Ortskirche und fühlen sich von Rom schulmeisterlich behandelt. So wies der Bischof von Poitiers, *Joseph Rozier*, bereits vor einigen Monaten darauf hin, daß die Stellung eines Bischofs dem Papst gegenüber nicht mit der eines von einer Zentrale eingesetzten Präfekten vergleichbar sei. Jede Teilkirche sei die ganze Kirche an einem Ort, unter der Bedingung natürlich, daß sie wirklich Kirche in der und durch die Gemeinschaft mit den anderen Kirchen sei. Im übrigen solle man Rom nicht die Rolle „einer Beschwerdestelle, eines Tempels der Nostalgien, eines Schiedsrichters in allen Streitfällen, als Lieferantin für alle Lösungen zuweisen“ („Eglise de Poitiers“ 6. 4. 85).

Eine andere Ursache für diesen Streit liegt bei der Synode selbst: Je unklarer ihre „Aufgabe“ und Möglichkeiten sind, desto mehr ist man versucht, Hinweise dort zu suchen, wo sie momentan vorhanden sind, und da liegt ein Blick auf die Ratzinger-Äußerungen mehr als nahe. Der Name Ratzinger hat in Frankreich schon seit seinen beiden Vorträgen zum Thema Katechese von 1983 keinen besonders guten Klang. Durch die Auseinandersetzungen um die Katechese sind die Franzosen gebrannte Kinder. Auch wenn im Katechesestreit nicht Ratzinger, sondern die Kleruskongregation unter Kardinal *Oddi* das Hauptproblem war. Man wird aber den Franzosen nicht verübeln können, daß sie die Vermutung hegen, hier sollten Pflöcke eingeschlagen werden, die nicht mehr so ohne weiteres verschiebbar sein werden. Die Deutlichkeit, mit der Ratzinger sich zur nachkonziliaren Entwicklung äußert, angesichts seiner Stellung ohnehin ungewöhnlich genug, muß im Vorfeld der Synode noch bedenklicher stimmen.

Betrachtet man die Situation in Frankreich, fragt man sich überdies, ob Ratzinger sich und seinen Anliegen nicht mehr geschadet hat als sie voranzubringen. Der Widerstand gegen eine möglicherweise allzu kritische Sicht der nachkonziliaren Entwicklung wurde nur gestärkt. Die Teilnehmer der Synode werden wachsam sein. nt

## Nordelbien

Nicht erst die am 5./6. Juli in Rendsburg abgehaltene *Sondersynode der nordelbischen evangelischen Kirche* hatte ein für solche Ereignisse ungewöhnlich starkes Medienecho. Schon seit Monaten war die drittgrößte evangelische Landeskirche in der Bundesrepublik immer wieder für Schlagzeilen und Kommentare gut. Seit im Herbst 1984 eine Gruppe nordelbischer Protestanten in einem Brief zur Verweigerung aller Kriegsdienste aufforderte und Anfang Januar 1985 elf Persönlichkeiten aus dem konservativen Lager in einem Aufruf an die Bischöfe öffentliche Staatshetze durch kirchliche Amtsträger und das Eindringen von Irrlehren und „Neuheidentum“ in die Kirche beklagten, bestimmte in Nordelbien der Streit zwischen einer pazifistisch-gesellschaftskritischen und einer bibel- und bekenntnisorientierten Minderheit die kirchliche Tagesordnung.

Auf der Sondersynode kamen nochmals beide Flügel zu Wort. Der Hamburger Pastor *Hans-Jürgen Benedict* verteidigte den Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung; man habe gemeint, den Gemeinden und der Kirche dieses unbequeme Wort schuldig zu sein. Demgegenüber stellte Propst *Karl Hauschildt* fest, das Programm des radikalen Pazifismus werde die Volkskirche spalten, und bekräftigte die Standpunkte der „Sammlung um Bibel und Bekenntnis“: Die strittigen Fragen seien mitverursacht durch eine seit langem wirkende emanzipatorische Bewegung und durch schnell wechselnde Wellen von „Genitiv- und politischen Theologien“.

Nicht zuletzt den Voten der drei nordelbischen Bischöfe, die schon seit Beginn der Auseinandersetzungen um Vermittlung bemüht waren, war es zu danken, daß in der Synode die *Bereitschaft zur Gemeinsamkeit* die Oberhand gewann. Fast einstimmig verabschie-

deten die 140 Synodalen den von der Kirchenleitung vorgelegten Text zum Thema „Was gilt in der Kirche“ und einen „Aufruf zur gemeinsamen Willensbildung in der Einheit und zugleich Mannigfaltigkeit der Kirche“. Darin wird vor einer Politisierung von Gottesdienst und Gemeindeleben wie vor einer Theologisierung der Politik gewarnt, aber auch betont, die Kirche müsse die traditionellen Wertvorstellungen, deren Wahrung von ihr erwartet werde, mit der bewahrenden und verändernden Kraft des Evangeliums konfrontieren. Persönliche Gewissensentscheidungen dürften nicht zum Maßstab für die anderen und für die kirchliche Lehre gemacht werden; wenn Gruppen Gleichgesinnter die Wahrheit des christlichen Glaubens exklusiv für sich in Anspruch nähmen, werde die Verpflichtung zur gemeinsamen Verantwortung verletzt.

Ob und wieweit die von der Synode einstimmig verabschiedeten Mahnungen bei den vor allem betroffenen Gruppen Wirkung zeigen, wird die Entwicklung der nächsten Monate erweisen müssen. Immerhin liegt mit dem Synodenpapier eine *Standortbestimmung* vor, die zwar nichts über die umstrittenen Sachfragen von der Kriegsdienstverweigerung bis zur feministischen Theologie sagt, wohl aber alle Kirchenmitglieder an ihre Verantwortung erinnert und die Streithähne darauf hinweist, für die nordelbische Kirche werde es in Zukunft wichtig sein, die Kräfte „darauf zu konzentrieren, Gottes befreiende Botschaft so zu verkünden, daß sie Menschen erreicht und überzeugt“, und sich nicht in innerkirchlichen Reibereien zu verschleißen.

Nicht nur mit dieser Mahnung wurde in Nordelbien ein Problem auf den Punkt gebracht, das – wenn auch in weniger spektakulärer Form – *allen evangelischen Kirchen* in der Bundesrepublik zu schaffen macht. Auch was die drei nordelbischen Bischöfe *Krusche*, *Stoll* und *Wilckens* auf der Synode zum Problem Volkskirche, zu Pluralismus und Verantwortung in der Kirche und ihrem missionarischen Auftrag ausführten, verdient über ihre Landeskirche hinaus Beachtung. ru